



## Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 15.03.2022 – Auszug aus Drucksache 18/21882 –

### Frage Nummer 62

#### mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter  
**Martin  
Hagen**  
(FDP)

Vor dem Hintergrund der auf Bundesebene diskutierten Änderung des Infektionsschutzgesetzes (T-Drs. 20/958) frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über aktuell in Bayern stattfindende Ausbreitungen von Virusvarianten des Coronavirus SARS-CoV-2, die eine signifikant höhere Pathogenität aufweisen, konkret und im Einzelnen bezogen auf bestimmte Gebietskörperschaften vorliegen (bitte je Variante örtlichen und zeitlichen Ausbreitungsverlauf darstellen, das jeweilige Ausmaß der Ausbreitung in den letzten beiden Wochen absolut und relativ wiedergeben und jeweils Belege für eine signifikant höhere Pathogenität anhand üblicher Tests des Signifikanzniveaus darstellen), in welchen einzelnen Gebietskörperschaften Bayerns aufgrund einer besonders hohen Anzahl von Neuinfektionen oder einem besonders starken Anstieg an Neuinfektionen eine Überlastung der Krankenhauskapazitäten in der jeweiligen Gebietskörperschaft droht (bitte ggfs. die „besonders hohe Anzahl“ oder den „besonders starken Anstieg“ anhand von gebräuchlichen absoluten und relativen Maßstäben darlegen und die Überlastung der Krankenhauskapazitäten anhand der absoluten Bettenzahl auf Intensiv- und Normalstationen und des jeweiligen Einflusses durch Coronapatienten darstellen sowie in Verbindung zu bisher von der Staatsregierung verwendeten Maßstäben wie der sog. Krankenhausampel setzen) und angesichts der Beschwerde des Staatsministers für Gesundheit und Pflege in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. März 2022 über eine neunstündige Rückmeldefrist des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege, wie viele Stunden vor Inkrafttreten der jeweiligen Änderungen der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung der Landtag jeweils im Einzelnen von der Staatsregierung gemäß Ziffer VI. Nr. 5 der Vereinbarung zum Parlamentsbeteiligungsgesetz (Wortlaut hier „umgehend“) informiert worden ist (bitte für die einzelnen Änderungen den genauen Zeitpunkt sowie die verbleibende Zeit bis zum Inkrafttreten auflisten)?

### Antwort des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

Die derzeit in Deutschland und Bayern vorherrschende Virusvariante ist die Omikron-Variante. Diese zeichnet sich zwar gegenüber anderen Varianten durch eine

erhöhte Transmissibilität aus, führt aber nach den bisher vorliegenden Daten zu mildereren Krankheitsverläufen. Dies gilt insbesondere für vollständig geimpfte und geboosterte Personen. Eine Variante mit signifikant höherer Pathogenität zirkuliert derzeit nicht.

Im aktuellen „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und anderer Vorschriften“ werden die Ausdrücke „signifikant höhere Pathogenität“, „besonders hohe Anzahl von Neuinfektionen“ oder „besonders starker Anstieg an Neuinfektionen“ nicht näher definiert. Hier ist zunächst der Bundesgesetzgeber gefordert, um die erforderliche Rechtssicherheit für die Länder herzustellen. Somit kann die erwünschte Aufstellung derzeit nicht erfolgen.

Informationen zum Infektionsgeschehen in Bayern sind auf den Webseiten des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und der Robert Koch-Institutes tagesaktuell ablesbar.

Der Landtag wird nach Ziffer VI. Nr. 5 (Bundesratsangelegenheiten) der Vereinbarung zum Parlamentsbeteiligungsgesetz (VerPBG) über den konkreten Inhalt der Änderungsverordnung informiert. Die Information des Landtags erfolgt dabei stets vor Veröffentlichung und Inkrafttreten der Änderungsverordnung. Im Hinblick auf die letzte Änderungsverordnung, die zum 4. März 2022 in Kraft getreten ist, wurde der Landtag im vorgesehenen Verfahren durch Onlinestellung des Benachrichtigungsschreibens in WebEULA am 2. März 2022 über die bevorstehenden Änderungen an der 15. Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung informiert. Zusätzlich wird aufgrund der besonderen Bedeutung und der Eilbedürftigkeit das Informationsschreiben noch an den Direktor des Landtags zur Weiterleitung an die Fraktionen übermittelt.

Die Benachrichtigung des Landtags im Rahmen des VerPBG-Verfahren erfolgt zu informatorischen Zwecken und ist nicht mit einer Länderanhörung im Rahmen der Bundesgesetzgebung vergleichbar.